

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.21 Uhr
Ende: 13.21 Uhr

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.21 Uhr den Vorsitz.

1) Sanierung Kaiser-Josef-Platz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Bei meiner Frage geht es um die Sanierung des Kaiser-Josef-Platzes. Der größte Bauernmarkt der Stadt Graz wurde in den letzten Wochen um 208.000 Euro saniert, was die Stromversorgung betrifft, das heißt, es wurden Verteilerkästen aufgestellt und es wurden auch teilweise die Leitungen unterirdisch verlegt.

Es hat dazu auf Einladung vom Herrn Stadtrat Eustacchio eine Enquete gegeben am 30.10. im Rathaus, bei der die StandlerInnen zahlreiche Wünsche deponiert haben. Allen voran eine Sanierung und Belebung des wohl traditionsreichsten Bauernmarktes in Graz. Wir wissen, dass aus der Bevölkerung immer wieder Wünsche kommen, den Kaiser-Josef-Platz zu sanieren und die teilweise triste Situation der Bäume und auch die Risse im Asphalt in Ordnung zu bringen.

Es ist natürlich die Frage aufgetreten, warum nicht überhaupt im Zuge der Renovierung der Stromversorgung der gesamte Platz renoviert wurde und Sie, Herr Bürgermeister, haben ja im Zuge dieser Ankündigung der Elektroarbeiten auch angekündigt, dass es einen Präsentationstermin mit der Stadtbaudirektion über die Gesamtanierung des Kaiser-Josef-Platzes geben soll, und zwar sollte die in der ersten November-Woche stattfinden. Es haben die StandlerInnen und Gewerbetreibenden bis dato, also zumindest bis vor zwei Tagen, keine Einladung erhalten zur dieser Präsentation und daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Funktion als zuständiger Stadtsenatsreferent folgende

Frage:

Wann wird der von Ihnen angekündigte Termin zur Vorstellung der Pläne zur Platzsanierung des Kaiser-Josef-Platzes stattfinden (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte ganz kurz ausholen. Ich glaube, wenn es uns um unseren Kaiser-Josef-Platz geht, sollten wir sehr vorsichtig auch mit Umbaumaßnahmen vorgehen. So haben wir uns letzten Endes auch in der Regierung darauf geeinigt, dass wir da niemals beabsichtigen, den ganzen Platz in einem so zu sanieren, dass der unter Umständen in der Zwischenzeit abgesiedelt werden müsste oder vielleicht stillgelegt werden müsste, das heißt, es soll, wenn ich so sagen darf, immer in Quadranten abgewickelt werden, so ähnlich haben wir das jetzt auch vorgenommen. Es war meinem Kollegen, Herrn Stadtrat Eustacchio, wichtig, dass wir mit den Stromversorgungsbereichen jetzt einmal beginnen. Ich bin über das Aufstellen dieser Stromkästen nicht nur glücklich gewesen, ich glaube, es war auch nachzulesen oder zumindest zu hören, weil ich mir denke, dass der Kaiser-Josef-Platz ein Gesamtkonzept braucht, in dem unter Umständen auch die

Stromversorgungseinheiten dann auch wieder unterirdisch eingebaut werden sollten, weil jetzt doch sehr, sehr viele Kästen, wenn ich so sagen darf, dort neben den vielen Autos stehen und das nicht unbedingt ein Bild ergibt, wie ich es mir zumindest wünsche. Wir wissen ja von der Enquete, aber auch schon von vielen Gesprächen im Vorhinein, was denn die Wünsche der Standbetreiberinnen und Standbetreiber, aber auch so mancher Nutzer, wir haben ja dort auch rundherum noch eine, Gott sei Dank, halbwegs intakte Handels- und Gastronomielandschaft. Wir werden, also jetzt finden ja diese Änderungen in der Stromversorgung statt, was den Grünraum angeht, müssen wir uns über zwei Dinge im Klaren sein. Da gibt es zwei Varianten. Das eine ist, dass man die Sanierung im Baumbestand unter Beibehaltung der Oberflächenverhältnisse des Platzes macht, das würde bedeuten, dass eine substantielle Verbesserung der Baumscheiben, Vergrößerung, mehr Bodenvolumina kaum oder nicht möglich ist, schon alleine deshalb nicht, da die neuen Leitungen und Schaltschrankstandorte für die Stromversorgung sich am Bestandsraster der Bäume und sonstiger Einbauten orientieren. In diesem Fall bleibt nur mehr ein Bestandaustausch der Bäume vor Ort, wahrscheinlich unter Beibehaltung der eher problematischen Baumart Rosskastanie, Weißblüher. Der Bestandaustausch wäre in diesem Fall ausschließlich Sache des Instandhalters, sprich, der Graz Holding Stadtraum, und ehestmöglich im Frühjahr zu organisieren. Die zweite Variante, sollte der Platz generell neu geplant werden beziehungsweise zumindest die Belags- und Oberflächenverhältnisse verändert werden, da geht es dann um Materialitäten etc., kann auch eine Verbesserung der Baumstandorte generell stattfinden. Hierzu werden durchwegs auch kombinatorische Maßnahmen wie Baumscheibenvergrößerungen, teilweiser Einbau von Gitterrosten und Absperrungen, Rückbau von Platzeinbauten und Lichtraumbereinigungen, Vorsehen von Abwasserentsorgungseinrichtungen. Derzeit dienen Baumscheiben vielfach als Sturzplatz für Spül- und Abwässer aus dem Marktbetrieb, machen sie damit auch den Bäumen so schwer, weil wenn Salz gestreut wird und dann das Wasser, dieses Salz hineintransportiert, in Richtung Bäume transportiert, dann braucht es uns nicht wundern, dass es den Bäumen so

schlecht geht. Da könnte man unter Umständen auch Abhilfe schaffen, dass man einen Steg rund um die Bäume errichtet, sodass dieses Waschwasser dann nicht mehr die Baumscheiben erreicht. Im Falle der zweiten Variante würde sich die Abteilung A 10/5 Grünraum und Gewässer jedenfalls anteilig an den Errichtungskosten zu beteiligen haben, wobei die Frage der Gesamtkosten zumindest in Bezug auf begleitende Begrünungsmaßnahmen noch nicht fertig verhandelt ist. Bis zum Vorliegen einer endgültigen Planung und eines tatsächlichen Umsetzungszeitpunktes erachtet die Abteilung 10/5 einen vorübergehenden Bestandsaustausch der Bäume gemäß der Variante 1 dann zielführend, wenn eine Generalsanierung nicht vor 2015 zu erwarten ist. Durch die Stadtplanung wird unter Einbeziehung der im Zuge der Enquete aufgenommenen Wünsche und Anregungen Betroffener ein Vorschlag für weitere Mängelbehebungen und Verbesserungsmöglichkeiten im ersten Quartal des kommenden Jahres ausgearbeitet werden. Dies deswegen, weil ich glaube, es sehr gescheit ist, wenn wir mit den Wünschen, die wir jetzt schon wissen, einmal die Stadtplanung einen Vorschlag macht und dann setzen wir uns im ersten Quartal zusammen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Einmal danke, dass das jetzt stattfinden wird im ersten Quartal 2014. Meine Zusatzfrage lautet: Ob Sie bereit sind, im Vorfeld der Sanierung einer Beteiligungsprozess durchzuführen, in den Sie eben alle StandlerInnen und auch interessierte BürgerInnen einbeziehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Daran ist ja gedacht, aber wir wollen schon jetzt dann, wenn ich so sage, mit der ersten BürgerInnenbeteiligung haben wir viele Wünsche schon dabei.

Jetzt wollen wir was ausarbeiten und das zur Diskussionsgrundlage machen für dieses Treffen im ersten Quartal.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.30 Uhr den Vorsitz.

2) Gemeindewohnungen Faunastraße 53 u.a. – Anschluss an die Fernwärme

GR. Mag. **Molnar** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Es gibt eine Anfrage Gemeindewohnungen Faunastraße 53, Anschluss an die Fernwärme. Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die kostenlose Zusage für den Heizungseinbau wurde den Mietern der bezeichneten Gemeindewohnungen im September 2011 übermittelt. Die baulichen Maßnahmen – Leitungen sind im Stiegenhaus bis zu den Eingangstüren wurden 2012 abgeschlossen. Seither warten die Mieter auf die Endfertigung, Verlegung der Anschlüsse in die Wohnung inklusive Adaptierung der Heizkörper.

Besonders ärgerlich ist für die Mieter, dass einige schon ihre Ölofen demontiert haben und seitdem mit Stromradiatoren kostenintensiv heizen müssen oder, jetzigen Zeit, Feinstaub, mit festen Brennstoffen heizen müssen.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, deswegen stelle ich die

Frage:

Wann können die Mieter der Gemeindewohnungen Faunastraße 53 u.a. – nach einer beinahe zweijährigen Wartezeit - mit der Herstellung des Anschlusses ihrer Wohnungen an die Fernwärmeleitung rechnen?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Vielleicht vorab noch eine Information. Seit 1998 hat das städtische Wohnungsamt in insgesamt 1.613 Wohnungen Fernwärme eingeleitet, teilweise aus eigenen Budgetmitteln vom Wohnungsamt, teilweise im Rahmen von umfassenden Wohnhaussanierungen und wie du weißt, gibt es seit 2010 September gemeinsam mit dem Umweltamt durch die Energieförderung des Landes Steiermark diesen kostenlosen Einbau der Fernwärme. Das heißt, die Mieterinnen und Mieter in unseren Gemeindewohnhausanlagen kostet der Einbau der Fernwärme nichts. Das ist eine sehr, sehr erfreuliche Nachricht für unsere BewohnerInnen natürlich gewesen und auch das Interesse, Fernwärme einzuleiten, ist natürlich sehr, sehr groß. Wir sind vom Wohnungsamt natürlich angewiesen, auch immer von den jährlichen Budgetmitteln und von den frei werdenden Kapazitäten der Energie Graz. Das heißt, wir müssen das Prozedere zuerst einmal der Umfragen, ob die Mieterinnen und Mieter überhaupt den Einbau wollen, wenn wir das einmal haben, das hast du ja auch angesprochen in der Faunastraße, dann können wir sozusagen dort das machen. Nur wir haben ja nicht nur die Faunastraße, sondern 100 andere Wohnungen, wo das gleiche Interesse da ist. Für 2013 und für 2014 haben wir insgesamt wieder 1.400.000 Euro zugesprochen bekommen. Du weißt aber, dass die Budgetmittelfreigabe sehr, sehr spät erfolgt ist in diesem Jahr durch die Gemeinderatswahl, da hat sich das alles verzögert, weil wir waren startbereit eigentlich schon viel früher und deshalb können heuer nur mehr für 200.000 Euro Fernwärme eingebaut werden und nächstes Jahr für 1,2 Millionen in den Wohnungen.

Ganz konkret jetzt zu deiner Frage, in den Wohnhäusern Faunastraße 53 und 55 können jetzt einige Mieter noch vor Weihnachten mit dem Einbau der Fernwärme in ihre Wohnungen rechnen und die anderen BewohnerInnen im Jänner 2014 in diesen beiden Häusern. Insgesamt wird aber von der Energie Graz in den Wohnhäusern Faunastraße 53 bis 59 die Heizungsanlage am 18.12. in Betrieb genommen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Ich bedanke mich für die Antwort. Eine zynische Antwort erlaube ich mir nur, weil ich weiß, dass am Dienstag, wie die Anfrage gekommen ist, in dem Moment von der Energie Graz Personen da waren und gerade die Einleitung dann vorgenommen haben und dieser Zusammenhang mit Anfrage und Einleitung, die finde ich eigentlich sehr zufällig. Ganz kurz vielleicht noch eine Anregung zu dieser Geschichte. Ich weiß, es hat immer zwei Seiten, aber vielleicht könnte man in Zukunft auch den Mietern das insofern so kommunizieren, dass sie wissen, dass das jetzt noch nicht, wenn die Leitung im Haus ist, dass sofort der Anschluss ist, weil eben hier Leute schon ihre Öfen entsorgt haben mit der Hoffnung, dass in einem nächsten Winter periodisch ist und dass diese Stromradiatoren unglaublich Kosten verursachen, dass man in Zukunft das in dieser Form kommuniziert und sagt, bitte das ist noch kein grünes Licht für den nächsten Winter, wenn die Leitungen im Stiegenhaus sind (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Der Einbau der Heizkörper in diesen Wohnhäusern wäre im Jänner vorgesehen gewesen. Die eine Dame, die ich weiß, die schon seit eineinhalb Jahren immer wieder interveniert, nur es hilft nichts, wenn jetzt eine Person ständig interveniert, es geht ja anderen gleich. Das Problem noch einmal, es war

Gemeinderatswahl, es hat keine Mittelfreigabe sehr, sehr lange gegeben, das weiß die Kollegin Rücker genauso, das Umweltamt, das Wohnungsamt hat gemeinsam mit der Energie Graz so ziemliche Kraftanstrengung benötigt, dass wir heuer überhaupt noch welche zusammenbekommen haben. Das ist nämlich nicht so selbstverständlich, aber prinzipiell gebe ich dir Recht, dass man dann, wenn man es nicht schafft, vorher den Mieterinnen und Mietern Bescheid geben muss, dass es in der Winterperiode noch nicht möglich ist, hat in den vergangenen Jahren auch immer funktioniert, dieses Mal nicht immer so gut, das muss ich auch dazusagen, hängt aber genau mit dem, was ich vorhin gesagt habe, zusammen, weil wir so lange gebraucht haben, bis wir einmal einen Bescheid gekriegt haben, wann wir das Geld kriegen (*Applaus KPÖ*).

3) Errichtung eines Geh- und Radweges entlang der Wetzelsdorfer Straße

GR. **Sikora** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Verkehrssituation entlang der Wetzelsdorfer Straße, zwischen der Alten Poststraße bis zur Straßganger Straße, wird aufgrund des sehr stark zunehmenden Individual- und Schwerverkehrs ob des fehlenden Geh- und Radweges für die BürgerInnen immer bedrohlicher. Eine eigens gegründete Bürgerinitiative Wetzelsdorfer Straße tritt für den raschen Bau eines Geh- und Radweges ein und hat zuletzt auch mittels Protestveranstaltungen vor Ort die Öffentlichkeit und die Medien darauf aufmerksam gemacht. Auch fordern die Bürgerinitiativen, als Übergangslösung rasch und unbürokratisch mobile Querungshilfen aufstellen zu lassen, welche sich bereits in mehreren Städten als finanziell günstig und sehr zweckmäßig erwiesen haben. Diese würden auch die

bedrohliche Situation an mehreren Stellen entlang der Wetzelsdorfer Straße sofort und total unproblematisch entschärfen.

In der letzten Gemeinderatssitzung im November 2013 versprochen Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, dem Gemeinderat, sich des Problems rasch annehmen zu wollen und auf eine Umsetzung der dringend notwendigen Baumaßnahmen zu drängen.

Ich stelle deshalb aufgrund der Dringlichkeit des Problems heute noch einmal eine Frage bezüglich der Wetzelsdorfer Straße, möchte auf diesem Wege gleich auch die Initiatorin der Bürgerinitiative Frau Waltraud Hollerer begrüßen, die auf der Tribüne Platz genommen hat (Applaus KPÖ) und stelle jetzt, wie gesagt, die

Frage:

Welche Informationen können Sie dem Grazer Gemeinderat und den betroffenen BürgerInnen zum aktuellen Stand der Planungen beziehungsweise zum zeitlichen Rahmen der einzelnen Umsetzungsschritte hinsichtlich des Geh- und Radweges beziehungsweise auch von Querungshilfen als Übergangslösung entlang der Wetzelsdorfer Straße übermitteln (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, natürlich ein heißes Thema, weil es ja auch in den diversen Medien verarbeitet und bearbeitet wurde und ich habe natürlich, so wie ich es damals gesagt habe, die diversen Ämter aufgefordert und auch den Kontakt mit dem Land gesucht, um das möglichst schnell umsetzen zu können beziehungsweise auch Antworten zu bekommen, die ich Ihnen jetzt gerne geben möchte. Vorweg einmal das Grundsätzliche, weil das ist auch wichtig, damit man es einmal weiß, was die Stadt Graz hier mitentscheiden kann. Die Wetzelsdorfer

Straße unterliegt als Landesstraße hinsichtlich Planung und Ausbau der Zuständigkeit des Landes Steiermark, Abteilung 16. Im ersten Jahresdrittel 2014 soll das Straßenrechtsverfahren und die noch offenen Grundeinlösebereiche abgehandelt werden, im Rahmen der Radschwerpunkte Land Steiermark, Stadt Graz ist die 50 : 50-Kostenteilung für Planung und Umsetzung vorgesehen, also auch schon budgetiert, das ist ja auch das Wichtige. Nachdem erst seit 2013 im Bereich des Reininghausareals die Flächen für den Geh- und Radweg zur Verfügung stehen, wurden zahlreiche Planungsgespräche zu nachfolgenden Themen geführt: Mehrere Anrainerinformationen betreffend Grundstücke, Allee, Baumbegutachtung sowie Abstimmung mit der GKB bezüglich Eisenbahnkreuzung. Jetzt zum Einzelnen: Geh- und Radweg Wetzelsdorfer Straße Ost, das heißt, Alte Poststraße bis GKB beziehungsweise Schranken. Betreffend Geh- und Radwegausbau werden derzeit die bestehenden Planungen für den Ostteil überarbeitet, um an die zukünftigen Baugrenzen der Stadtteilentwicklung Reininghausgründe angepasst zu werden. Seitens Land Steiermark ist beabsichtigt, im Sommer 2014 mit den Geh- und Radwegbauarbeiten zu beginnen, sofern nicht vorgezogene Leitungsträgerarbeiten in der geplanten Trassenführung des Geh- und Radweges vorgesehen beziehungsweise notwendig sind. Es soll vermieden werden, dass der neu errichtete Geh- und Radweg innerhalb kurzer Zeit durch Leitungsgrabungen beeinträchtigt oder wieder unterbrochen würde. Derzeit noch offene Grundstücksfragen betreffend die Abschnitte Firma Denzel und die OMV-Tankstelle im Bereich der Einmündung Alte Poststraße, die Gespräche der A 16 mit den Grundeigentümern sind im Laufen. Geh- und Radweg Wetzelsdorfer Straße West, das ist GKB-Schranken bis Straßganger Straße. Für den Westteil des Geh- und Radweges Wetzelsdorfer Straße sind die Planungen an der Nordseite der Straße größtenteils fertig. Es sind jedoch noch Anpassungen laufender Grundstückseinlösegespräche mit zwei beziehungsweise drei Privateigentümern in einigen Abschnitten vorzunehmen. Falls diese Gespräche kurzfristig bis kommendes Frühjahr positiv abgeschlossen werden können, wäre 2014 ebenfalls der Baubeginn möglich. Ein kurzer Teilabschnitt des

geplanten Geh- und Radweges konnte 2013 westlich der Gaswerkstraße im Zuge der Herstellung einer Lärmschutzwand der angrenzenden Wohnsiedlung baulich bereits umgesetzt werden, da dieser Abschnitt aber bis zum weiteren Ausbau ohne Radverkehrsanschluss bleibt, steht er derzeit nur als Gehweg zur Verfügung. GKB-Schrankenanlage, gemeinsam mit der GKB werden die rechtlichen und technischen Einreichplanungen an der Eisenbahnkreuzung vorgenommen. Die Maßnahmenplanung soll zeitgerecht bis zum Baubeginn im Jahr 2014 im Sommer abgeschlossen werden. Und jetzt zum gewünschten Schutzweg in der Wetzelsdorfer Straße: Mit dem realisierten Geh- und Radwegprojekt werden auch die Voraussetzungen geschaffen, ein gesichertes Queren der Wetzelsdorfer Straße mittels Schutzweg zu ermöglichen. Derzeit fehlen unter anderem die notwendigen Auftrittsflächen für die Verordnung eines Schutzweges durch die zuständige Straßenbehörde. Dabei ganz wichtig und das ist aufgrund der Sicherheitsgruppe, die ja immer hier zusammenkommt, um das prüfen, derzeit ereignen sich von den jährlichen rund 4.000 Unfällen mit Fußgängern in Österreich leider 1.000 davon, also ein Viertel, auf sogenannten Schutzwegen. Aus diesem Grund kann kein Schutzwegprovisorium irgendwelcher Art verordnet werden und man muss die Herstellung der Auftrittsflächen im Zuge des Geh- und Radweg-Projektes abwarten (*Applaus FPÖ*).

GR. **Sikora:** Danke, sehr geehrter Herr Stadtrat! Jetzt haben wir zumindest, was ich herausgehört habe, einen Termin, wo der Bau stattfinden könnte. Ich hoffe, es wird auch so umgesetzt und realisiert. Trotzdem wie man in diesem Puls 4-Bericht gesehen hat, wie dramatisch die Situation ja trotzdem ist, obwohl es erst im Sommer 2014 fertiggestellt wird. Die BürgerInnen erwarten sich jetzt eine rasche Lösung, also da ist ein kleiner Bub gestanden, der hat wirklich fünf Minuten, ungeschaut, gestanden, hat die Straße nicht überqueren können, weil nicht einmal ein Autofahrer soviel wert

war, dass er stehenbleibt, um den Schulbuben gefahrlos die Straße überqueren zu lassen. Wenn da nicht ein großer Erwachsener den Verkehr aufgehalten hätte, der würde heute noch stehen wahrscheinlich und nicht über die Straße können. Und darum meine Zusatzfrage, sehr geehrte Herr Stadtrat: Die Bewohnerinnen und Bewohner an der Wetzelsdorfer Straße brauchen sofort eine Möglichkeit, die Wetzelsdorfer Straße zu queren. Bis wann und wo werden Sie diesen dringlichen Wunsch einer Überquerungsmöglichkeit, einer mobilen, so wie ich es vorher erwähnt habe, die ja durchaus anscheinend zu realisieren ist, der Bevölkerung realisieren (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat! Ich habe Ihnen, glaube ich, dass jetzt sehr ausführlich erklärt, wie die rechtliche Situation und die Umsetzungsmöglichkeit besteht. Es gibt derzeit keine rechtliche Möglichkeit, einen Schutzweg zu verordnen, das geht einfach nicht, es gilt das abzuwarten. Es wird, weil Sie das erwähnt haben, weil der Schwerverkehr und sehr viel Verkehr jetzt durch die Wetzelsdorfer Straße fährt, sich auch ein wenig wiederum verteilen, Sie wissen, dass die Unterführung Eggenberg geöffnet worden ist vor bisschen einer Woche. Daher wird sich der Verkehr auch wieder etwas verlagern, das wird ein bisschen dauern und es tut mir leid, ich kann keine andere Information geben und auch kein anderes Angebot legen als das, was ich jetzt gesagt habe, weil es rechtlich nicht anders machbar ist (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich möchte noch anmerken, dass die letzte Frage, die heute genannt war von der Frau Gemeinderätin Gerda Gesek, dasselbe Thema zum Inhalt hätte. Sicherheit auf der Wetzelsdorfer Straße, sie hätte auch den Herrn

Stadtrat Eustacchio gefragt, dazu wird es aus Zeitgründen wahrscheinlich heute gar nicht kommen, damit gilt das auch als beantwortet.

4) Geplante Baureststoffdeponie in Thal – Auswirkungen auf den Verkehr

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Geographisch bleiben wir sozusagen ganz in der Nähe, nämlich auch in Wetzelsdorf/Straßgang beziehungsweise im Gemeindegebiet Thal. An der Steinbergstraße nämlich schon im Gemeindegebiet Thal ist mitten in einem Landschaftsschutzgebiet eine Baurestmassendeponie geplant. Wir haben hier im Gemeinderat schon zweimal auch Initiativen anderer Fraktionen zu diesem Thema gehabt. Sollte dieser Deponie genehmigt werden, und der Ball liegt hier beim Land, und zwar, um genau zu sein, bei Landesrat Kurzmann, dann würden die zuliefernden LKWs durch Graz durch beziehungsweise durch die Bezirke Wetzelsdorf/Straßgang durch von Seiersberg kommend die Steinbergstraße hinauf Richtung Thal fahren und damit natürlich eine Gegend weiter mit Verkehr, also erhöhtem Verkehrsaufkommen, belasten. Natürlich aber auch mit höheren Emissionen belasten und das in einem Gebiet, das ohnehin zum Teil schon sehr stark belastet ist.

Und ich möchte daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

stellen: Mit welchen Auswirkungen auf den Verkehr in Graz rechnen Sie, wenn die geplante Baureststoffdeponie in Thal tatsächlich errichtet wird (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke, Frau Gemeinderätin. Für die Anfrage ist, glaube ich, auch einmal ganz wichtig, dass man hier die Position der Stadt Graz beziehungsweise auch einmal Überprüfung getätigt hat, welche Auswirkungen könnte das eben haben. Grundsätzlich auch vorweg, wie den technischen Bericht der Projektunterlagen für die abfallrechtliche Genehmigung entnommen werden konnte, ist die Baurestmassendeponie auf einem Areal südlich der L 301 zwischen Haslach und Steinberg vorgesehen. Das Gesamtvolumen von zirka 733.000 Kubikmeter soll für 20 Jahre genutzt werden, damit ergibt sich laut dem technischen Bericht eine jährliche Befüllung von rund 80.000 Tonnen. Wobei umgelegt auf 200 Werktage im Jahr mit 40 Fahrbewegungen pro Tag, also 20 Anlieferung je Tag, bis maximal 80 Fahrtbewegungen im Tag gerechnet werden muss. Als geplanter Einzugsbereich für die Deponie wird der Großraum Graz angegeben. Somit wird ein Großteil der Fahrbewegungen der Zu- beziehungsweise Abfahrten über die L 301 Steinbergstraße von Graz aus erfolgen. Aus dem digitalen Atlas des Landes Steiermark kann entnommen werden, dass in der Steinbergstraße eine durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke von zirka 11.100 Kfz pro Tag mit einem Schwerverkehrsanteil von vier Prozent vorhanden ist. Bei einer Zunahme von maximal 80 Lkw-Fahrten pro Tag erhöht sich die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke um maximal 0,7 %. Der Schwerverkehr in der Steinbergstraße erhöht sich dadurch um neun bis maximal 18 %. In den Projektunterlagen finden sich keine detaillierten Angaben, von welchen Baustellen die Deponie beliefert werden soll. Aufgrund der Lage der Deponie muss angenommen werden, dass die überwiegende Zufahrt über die Steinbergstraße und die westlichen Bezirke von Graz erfolgen wird und der Verkehr in Straßen in diesem Bereich, insbesondere in der Steinbergstraße, dadurch erhöht wird (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Dankeschön für die Antwort. Damit ist auch sozusagen in Zahlen ausgedrückt, dass es natürlich zu einer Erhöhung von bis zu 18 % an Schwerverkehr kommt. Meine Nachfrage daher: Sehr geehrter Herr Stadtrat, haben Sie vor, sich bei Ihrem Parteikollegen im Land auch dafür einzusetzen, dass diese Genehmigung nicht erteilt wird (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das ist keine Frage des Sich-Einsetzen-Wollens, hier wird auch, wie bei allen Dingen nach rechtlichen Vorgaben gehandelt und die rechtlichen Vorgaben sind die. Wir hätten hier nicht einmal eine Möglichkeit des Eingreifens (*Applaus FPÖ*).

5) Gentechnikbeauftragter der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Frau Stadträtin Rücker! Im Herbst 2011 hat der Gemeinderat die Erklärung der Stadt Graz zur gentechnikfreien Zone aus dem Jahre 2006 erneuert und erweitert. In diesem Stück enthalten ist ein Maßnahmenplan, welcher zehn Punkte umfasst. Unter anderem wird die Einrichtung eines Gentechnikbeauftragten für die Stadt Graz empfohlen.

Aus diesem Grund richte ich an Sie namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Können Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, dem Gemeinderat mitteilen, wer der Gentechnikbeauftragte der Stadt Graz ist?

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich bin dankbar, dass Sie mir diese Frage stellen, weil dann kann ich dem Gemeinderat, der sich ja teilweise zusammensetzt seit einem Jahr, ganz kurz auch zum Thema gentechnikfreie Zone in Graz erzählen. Es ist eben so, dass es, wie Sie auch schon anführen, im Jahr 2006 hier einen relativ allein gestellten Beschluss, der in Österreich sehr beachteten Beschluss gegeben hat, nämlich eine gentechnikfreie Zone in Graz, Graz-Umgebung zu erklären. Dieser Beschluss wurde dann aktualisiert, nachdem evaluiert wird, was bis dahin umgesetzt wurde und am 19.11.2011 wurde dann ein erweiterter neuer Gemeinderatsbeschluss zur Verdichtung beschlossen. Sie haben angesprochen, es sind zehn Maßnahmen dort empfohlen worden. Unter anderem sehr intensiv im Bereich der Informationsarbeit, das Thema der Menschenrechtsverletzungen ist stärker aufgegriffen worden, die Frage der Forschungsmittelverwendung beziehungsweise, wenn Forschungsförderung in der Stadt passiert, bis hin auch zur Verantwortlichkeit, dass jemand das betreuen soll. Wir haben im Umweltamt eine Person, eine Mitarbeiterin, die diesen Bereich neben anderen Bereichen versorgt, da es Querschnittsbeziehungen gibt. Es geht ja darum, dass auch in diesen zehn Punkten angemerkt ist, es geht um das Thema der Gemeinschaftsgärten, es geht um die Frage bewusstes Einkaufen, es geht auch um die Frage Fairtrade, Informationsveranstaltungen in Schulen und Kindergärten und wir haben das natürlich bei dieser Mitarbeiterin gruppiert, weil diese Querbezüge damit auch dauernd bearbeitet werden können. Ich möchte dazu auch noch sagen, dass es natürlich auch dem Spargedanken in der Stadt folgt, der ja von der FPÖ auch sehr

stark immer vorangetragen wird. Eine gentechnikbeauftragte Person in Vollzeit alleine wäre im Vergleich zu dem, was sonst in den Ämtern an Ressourcen derzeit fehlt beziehungsweise an Personalausstattung fehlt, nicht der richtige Weg, aber es gibt eine klar verantwortliche Mitarbeiterin, die den Bereich weiter betreut und verfolgt und auch dazu die Organisation übernimmt.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Welchen der noch nicht aufgeführten Punkte haben Sie vor, in nächster Zeit noch umzusetzen (*Applaus FPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Es geht natürlich auch vor allem darum, was in der nächsten Zeit auch auf EU-Ebene für Beschlüsse anstehen und ich denke, dass wir in der nächsten Zeit durchaus den einen oder anderen Beschluss auch in den Gemeinderat einbringen müssen, um sich als Stadt auch in Petitionsform noch einmal einzubringen in einen Diskurs, der ja weitergeht. Es gibt Dinge, die noch gar nicht abgearbeitet wurden und Dinge, die schon in laufender Bearbeitung sind. Also das, was wir in Schulen und Informationsbereich tun, ist eine laufende Arbeit und insbesondere haben wir ja bei der Gemeinschaftsgartenförderung eingearbeitet die Kriterien, also das ist eine laufende Arbeit (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die jetzt nicht einfach abgearbeitet wird und dann erledigt ist, sondern das ist ein laufender Auftrag.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Wir sprechen öfters über den grauen Finanzausgleich, da geht es immer wieder darum, dass der Bund uns

Aufgaben überträgt, für die wir keine Abgeltung bekommen. Vor einiger Zeit haben wir auch das Fundwesen zur Stadt Graz übertragen bekommen. Nie hätte ich gedacht, dass mich persönlich der graue Finanzausgleich ereilen wird, es wurde soeben bei mir ein Mobiltelefon abgegeben, das draußen vergessen wurde. Falls jemand dieses Telefon gehört, bitte ich es abzuholen, einziger Hinweis den es bisher gegeben hat, eine Person namens Sax hat schon zweimal angerufen. Falls es jemandem gehört, bitte bei mir abholen. Danke.

6) Gesperre und abgezäunte Durchwegung für FußgängerInnen zwischen Karmeliterplatz und Sauraugasse

GR. **Dreieibner** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Dreieibner**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte BesucherInnen! Ich habe auch gedacht, als ich die Situation vor Ort gesehen habe, jetzt muss ich am Mobiltelefon jemanden anrufen, um ihm zu sagen, dass ich leider um fünf Minuten später kommen werde, weil ich da nicht mehr durchkomme. Jedenfalls geht es darum: In der Gemeinderatssitzung am 13. Juni dieses Jahres wurde ein Stück, das die Erweiterung der Dienstbarkeitseinräumung vom 17.1.2002 zugunsten der Stadt Graz auf immer währende Zeit zum Ziele hat, einstimmig beschlossen. Damit wurden zwei öffentliche Durchwegungen vom Karmeliterplatz in den Stadtpark auf Dauer gesichert.

Die eine Durchwegung, die verläuft in west-östlicher Richtung, das heißt vom Karmeliterplatz zum Stadtpark im Bereich des Verkehrserziehungsgartens oder des Ententeichs, wird wohl erst mit dem Abschluss der Bautätigkeiten beim sogenannten Pavoreal-Projekt zur Verfügung stehen können. Die zweite in Nord-Süd-Richtung

verlaufende Durchwegung, das ist jener vom Karmeliterplatz zur Sauraugasse, dieser wurde bereits seit sehr vielen Jahren, seit zehn Jahren von sehr vielen BesucherInnen und FlaneurInnen des Stadtparks beziehungsweise der Stadt benutzt.

Nun mussten die NutzerInnen aber leider feststellen, dass diese gelernte Fußverbindungsachse zwischen dem Karmeliterplatz und der Sauraugasse mit Bauzäunen abgesperrt und somit unterbrochen ist. Der vom Autoverkehr viel genutzte also frei von Autoverkehr viel genutzte Verbindungsweg ist nun eine Baustellen-Lkw-Ausfahrt aus Richtung Sauraugasse. Nur, und das nebenbei noch ein Schmankerl, der Zugang für TiefgaragennutzerInnen aus Richtung Karmeliterplatz, der ist nach wie vor offen und das erregt nicht gerade die Begeisterung der betroffenen Menschen, die nicht in die Tiefgarage wollen, sondern in die Sauraugasse.

In Anbetracht der großen Bedeutung von gut nutzbaren fußläufigen und autofreien Wegen für das Zufußgehen in unserer Stadt, aber auch in Anbetracht dessen, dass ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss diese Durchwegung per Servitut absichern hilft, ist es mir unverständlich, dass keine Möglichkeit gefunden werden konnte oder sollte, um diesen Weg auch während der Baumaßnahmen offen zu halten.

Daher, lieber Gerhard, folgende

F r a g e

an dich: Welche Schritte wirst du setzen, damit der Fußweg vom Karmeliterplatz zur Sauraugasse, der derzeit mit Bauzäunen abgesperrt ist, gemäß dem Gemeinderatsbeschluss vom 13. Juni 2013 ehebdigst für Fußgänger und Fußgängerinnen wieder geöffnet wird.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich darf zu der Frage der Durchwegung und der Dienstbarkeit Folgendes antworten, und zwar ist es eine Antwort über die Schritte, die wir schon gesetzt haben. Anlässlich der grundbücherlichen Sicherstellung der Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über einen zirka 12 bis 15 Meter breiten Korridor im Pfauengarten in Verlängerung des Karmeliterplatzes zum Stadtpark basieren auf den Gemeinderatsbeschluss bereits vom 5.4.2001. Wurde im heurigen Jahr mit Gemeinderatsbeschluss vom 13. Juni vom Grundeigentümer eine weitere Dienstbarkeit zugunsten der Stadt Graz für die Öffentlichkeit eingeräumt und hiermit nach der Bebauung der Liegenschaft die zusätzliche Möglichkeit einer Fußwegverbindung vom Karmeliterplatz zur Sauraugasse geschaffen. Diese künftige Dienstbarkeit kann aber erst nach Beendigung der Bauarbeiten beansprucht werden aus verständlichen Gründen. Der Dienstbarkeitsgeber hat die Stadt Graz nämlich verständigt, dass aus Sicherheitsgründen während der Bauarbeiten Bauzäune aufgestellt werden, da dieser Durchgangsbereich im Schwenkbereich des Kranes liegt und es zu gefährlich ist, diesen Durchgang während der Bauzeit offen zu halten. Es ist deshalb die Benützung des Servitutsweges erst mit Ende der Bauzeit, also voraussichtlich Ende 2015, möglich. Die Einräumung dieser zusätzlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadt Graz erfolgte übrigens erfreulicherweise unentgeltlich.

GR. **Dreisiebner**: Es ist richtig, der Schwenkbereich des Kranes dürfte da drübergehen. Was aber der Zugänglichkeit der Tiefgarage in demselben, gleich daneben liegenden Bereich keinen Abbruch tut, hier wurde einfach eine provisorische Holzkonstruktion angefertigt, die ein sicheres Zugehen für diese Garagenbenutzerinnen und -benutzer möglich macht. Schade ist, dass es nicht möglich ist, für Menschen, die einfach nur vorbeigehen wollen, durchgehen wollen und diesen Weg, der, wie gesagt, seit mehreren Jahren schon genutzt wird, fleißig genutzt wird, weiter zu nutzen. Meine Frage, meine Zusatzfrage besser gesagt: Es gibt

ja immer wieder Projekte, wo der Stadt dementsprechende Dienstbarkeiten eingeräumt werden beziehungsweise unentgeltliche Nutzungen mit Bauträgern vereinbart werden. Inwieweit kannst du dir vorstellen, gemeinsam mit deiner Kollegin Elke Kahr, die für die Bau- und Anlagenbehörde zuständig ist, bei anderen Projekten für bessere Lösungen für den FußgängerInnenverkehr und für die Fußläufigkeit dieser Stadt zu gewährleisten (*Applaus Grüne*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das kann ich mir immer vorstellen, dass wir uns für bessere Lösungen einsetzen, aber ernst gesprochen nochmals. Ich glaube schon, dass das zumutbar ist, dass jetzt während der Bauzeit diese Wege nicht möglich sind. Bei der Tiefgarage muss man eindeutig sagen, das wäre natürlich mit Kosten verbunden gewesen für den Tiefgaragenbetreiber, einfach deshalb, weil dort ein Verdienstentgang gewesen wäre. Ich weiß auch nicht, wie das von der Finanzierung geregelt ist das Dach oder diese Holzabdeckung über der Tiefgarage, aber ich denke, dass es zwar sicherlich bedauerlich, aber zumutbar ist. Und wie gesagt, wenn der Bau fertig ist, dann ist in beiden Richtungen eine sehr, sehr durchlässige und gute Verbindung vom Karmeliterplatz zum Stadtpark gegeben, was letztendlich ja auch das Ziel bei dem Projekt für den Karmeliterplatz war (*Applaus ÖVP*).

7) Offene Jugendarbeit

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir haben in Graz eine sehr gut aufgestellte offene Jugendarbeit, da passiert einiges, da tut sich

einiges und ich glaube, es ist uns allen klar, dass es wichtig ist, dass auch gerade bei der Lebensrealität für die jungen Menschen einiges gemacht wird und nicht irgendwie von oben herab passiert.

Und deswegen erlaube ich mir folgende

Frage

an dich zu stellen, liebe Martina! Bist du grundsätzlich bereit, noch weitere Orte beziehungsweise Räume für Jugendliche im Rahmen der Offenen Jugendarbeit zu schaffen beziehungsweise wenn ja, wie werden die richtigen Träger gefunden?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Martina! Wie du sagst, wir haben, glaube ich, ein sehr gutes Angebot in der Stadt Graz, wir werden bald das 13. Jugendzentrum eröffnen können, mit dem Standort in Andritz haben wir, glaube ich, jetzt wirklich einen guten Lückenschluss gemacht. Es hat sich leider einigermaßen verzögert, weil es immer wieder Einsprüche gegeben hat, das ist jetzt einmal alles bearbeitet. Die Jugendlichen, das muss man dazusagen, haben aber schon seit längerem dort eine Anlaufstelle, weil das ja ein partizipatives Modell ist und die Jugendlichen bei der Inneneinrichtung des Jugendzentrums ja jetzt schon mitarbeiten. Natürlich bin ich bereit, weitere Orte zu suchen, es geht nicht nur um gebaute Orte und betreute Orte in der Jugendarbeit, sondern es geht auch wirklich um Freiräume, wo sich Jugendliche auch einmal austoben können, natürlich bin ich dazu bereit. Ich denke aber, dass es im nächsten Jahr auch einmal wichtig sein wird, auf die Jugendzentren, die jetzt da sind, hinzuschauen und zu schauen, was haben wir da für einen Sanierungsbedarf, den gibt es. Wenn du die Dietrichskeusch'n kennst, die haben das Problem, dass sie nicht barrierefrei sind, da müssen wir sicher was tun,

sowohl was den Eingang betrifft, aber vor allem was die Toiletteanlagen betrifft, und auch das Jugendzentrum Echo, denke ich, hat sehr, sehr dringenden Renovierungsbedarf, da ist es im Keller leider immer wieder so, dass es dort einen Schimmelbefall gibt und dass auch der Eingangsbereich in einem sehr, sehr baufälligen Zustand ist. Also nächstes Jahr möchte ich auch in Kooperation mit dem zuständigen Landesrat einmal ein Renovierungspaket schnüren für die bestehenden Jugendzentren. Aber auf deine Frage zurückkommend, natürlich bin ich bereit, auch über weitere Jugendzentren nachzudenken. Unsere Stadt wächst jedes Jahr um rund 4.000 Personen und damit muss sich auch die Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit und die Jugendzentren weiterentwickeln und auch in der Anzahl mehr werden (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Ich erlaube mir noch einmal die Frage zu wiederholen, die noch nicht ganz beantwortet ist. Also wie auch die richtigen Träger gefunden werden beziehungsweise ganz konkret, weil auch in Mariatrost zum Beispiel werden mehr Jugendliche und da gibt es in unmittelbarer Nähe kein Jugendzentrum. Bist du auch dafür bereit, dich dafür einzusetzen beziehungsweise eben die Frage nach den Trägern (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Die Auswahl nach den Trägern funktioniert immer gleich, es gibt eine offene Beteiligung, wo sich alle Trägerorganisationen beteiligen können, ein entsprechendes Angebot stellen können und die Entscheidung wird dann auf Amtsebene unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus dem offenen Jugendarbeitsbereich, aber auch aus der Jugendwohlfahrt, aber auch vom Land Steiermark. Die werden da beigezogen und dann wird einfach das beste Angebot

sozusagen genommen und der Träger eingeladen beziehungsweise bestätigt, das Jugendzentrum zu betreiben. Und über Mariatrost können wir uns gerne einmal unterhalten, da schlage ich auch vor, dass wir uns vielleicht einmal mit dem Wolfgang Gruber und dem Cornelius Gmeiner vom Jugendamt zusammensetzen und schauen, gibt es da einen Bedarf, gibt es da Möglichkeiten? Bin ich sehr gerne bereit, im nächsten Jahr natürlich (*Applaus SPÖ*).

8) Finanzgeschäfte der Stadt Graz mit der Bank Austria

GR. **Eber** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat Rüsch! Ich darf an Sie folgende Frage richten: In der Wochenzeitschrift „news“ erschien in der Ausgabe Nummer 49/2013 ein durchaus interessanter Artikel. Dort geht es um riskante Geschäfte, die dort abgeschlossen wurden, wobei es dort wieder einmal so ist, dass die Bank, man kann sagen, 80 bis 90 % des Gewinns einstreift, das Risiko aber zu 100 % bei den Geschäftspartnern liegt. Interessant für uns dabei ist, dass neben zahlreichen privaten Großinvestoren auch öffentliche Einrichtungen, Körperschaften, Unternehmungen und auch Städte und Gemeinden direkt, und darunter anscheinend auch die Landeshauptstadt Graz, zu den Geschäftspartnern gehörten beziehungsweise gehören. Viele Kunden haben laut „news“ dabei massiv auch an Geld verloren, die Geschädigten prozessieren teilweise um ihr Geld, teilweise wurden aber auch Kulanzangebote der Bank angenommen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Welcher Art hinsichtlich Modell, Höhe, Zeitraum, Höhe des Gewinns beziehungsweise Verlusts waren die riskanten Finanzgeschäfte der Stadt Graz mit der Bank Austria (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kenne den Artikel selbstverständlich in der Zeitschrift „news“ und das ist offensichtlich eine Zeitschrift, Fachzeitschrift, die sich mit Bankgeschäften befasst, aber auch wie auf der Titelseite steht, mit Studien über „So giftig ist ihre Zahnpasta“, das sind eben diese Artikel im „news“. Wir sind allerdings genannt, wie Sie gesagt haben und ich darf da kurz folgende Antwort geben, die mir sehr wichtig ist. Wir haben folgende Geschäftsverbindung mit der Bank Austria, und zwar ist Bank Austria für den Cash Pool verantwortlich, den wir in der Grazer Unternehmensfinanzierungsgesellschaft eingerichtet haben, dort geht es also um laufende kurzfristige Kredite, um den Zahlungsverkehr, um kurzfristige Finanzierung, das ist die eine Geschichte. Bei langfristigen Geschäften ist die Bank Austria Gläubiger im Ausmaß von (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) zirka 100 Millionen Euro. Ich denke, das ist aber nicht der Bereich, der hier angeschnitten ist, so genau ist das im „news“ nicht zu erkennen, sondern ich denke, es sind die sogenannten Privatgeschäfte, die Sie wahrscheinlich und damit riskante Geschäfte bezeichnen. Ich möchte zunächst einmal wiederholen, was ich immer wiederhole an jeder möglichen und unmöglichen Stelle. Die Stadt Graz macht keine riskanten Finanzgeschäfte im Sinne von Spekulationen. Was die Stadt Graz macht seit vielen Jahren, das ist, dass wir ein Zinsrisiko beschränken und das ist irgendwie wie eine Versicherung. Wir machen mit den Banken Verträge, dass wir nur maximal einen bestimmten Zinssatz leisten. Das ist im Wesentlichen so wie bei einer Haushaltsversicherung, wenn sie eine Haushaltsversicherung abschließen, dann

zahlen sie eine Prämie für diese Haushaltsversicherung und zwar in der Absicht, dass, wenn sie einen größeren Schaden haben, Brand, was auch immer, dass Ihnen die Versicherung das bezahlt, so ist das auch mit diesen Zinsabsicherungsgeschäften. Wir bezahlen der Bank etwas, dass die Bank uns das Zinsrisiko abnimmt und wir mit einem maximalen Zinssatz rechnen können. Wenn dann, um wieder bei der Haushaltsversicherung zu bleiben, in fünf Jahren nichts passiert, dann werden Sie sich wahrscheinlich überlegen, soll ich das weiter abschließen, ich habe von der Versicherung nichts profitiert, ich hatte Gott sei Dank keinen Schaden und es ist nichts passiert. Wenn was passiert ist, werden Sie sehr froh sein, dass Sie die Versicherung abgeschlossen haben. Das ist der Kernbereich des Derivatgeschäftes bei Zinsen. Wenn Zinsen dann steigen, dann sind wir sehr froh, dass wir diese Geschäfte abgeschlossen haben, weil wir mit einer sicheren Verzinsung, und zwar langfristig derzeit mit zirka drei Prozent, rechnen können. Das nur zur allgemeinen Erläuterung. Zur speziellen Erläuterung kann ich Ihnen durchaus eine positive Botschaft überbringen. Die Finanzdirektion hat nachgesehen und hat ein einziges Geschäft dieser Art mit der Bank Austria gefunden und zwar war das im Jahr 2005 und zwar über einen Betrag von 10 Millionen Euro, der abgesichert wurde für die Zeit von 2005 bis 2010. Wir haben mit der Bank Austria ein Geschäft abgeschlossen, dass wir in diesem Zeitraum für den genannten Kredit maximal drei Prozent Zinsen bezahlen. Wir haben in diesen Jahren, in denen die Zinsentwicklung zum Teil weit über den drei Prozent waren, insgesamt einen Gewinn gemacht, wenn Sie so wollen, von 310.929,17 Euro, das heißt, das ist der Betrag, der aus diesem Zinssicherungsgeschäft von der Bank Austria an die Stadt bezahlt wurde. Weiters möchte ich darauf hinweisen, dass alle derartigen Geschäfte, die wir machen, ganz egal in welchem Ausmaß, mit welcher Bank wie auch immer und zwar sofort nach Abschluss im Finanzausschuss und auch im Gemeinderat behandelt werden. Ich habe mir auch hier den entsprechenden Gemeinderatsantrag geholt, es ist der Bericht an den Gemeinderat vom 22. September 2005 und da ist unter anderem dieses Geschäft beschrieben, es ist dann noch festgehalten, dass mit der Bank Austria eben dieser Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte

abgeschlossen wird, die die allgemeine Geschäftsbedingungen für die Abwicklung von Derivatgeschäften beinhaltet und dieser Rahmenvertrag lag auch dem Gemeinderatsbericht als integrierter Bestandteil bei. Also wir haben bei diesem Geschäft Glück gehabt, das könnte natürlich auch anders sein, das weiß man eben nie, weil es um eine zukünftige Entwicklung handelt. Wir haben Glück gehabt, aber wir haben erstens, denke ich, sehr sorgfältig verhandelt, zweitens das Ergebnis dem Finanzausschuss und dem Gemeinderat vorgelegt und es ist auch einstimmig genehmigt worden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Also ich zweifle natürlich nicht an der Sorgfalt und der Kompetenz weder des Herrn Finanzstadtrates noch an der Finanzabteilung natürlich, ganz im Gegenteil. Im „news“-Artikel wird auch darauf hingewiesen, Sie haben gesagt, in diesem konkreten Fall hat die Stadt durchaus profitiert davon. Im „news“-Artikel heißt es, dass eben zum Teil große Verluste für die beteiligten Geschäftspartner auftreten und das bedeutet, dass das Risiko eigentlich, also da steht zu 100 %, dann eigentlich bei der Stadt liegt und die Gewinne bei der Bank verbleiben. Meine Frage ist jedenfalls, wenn dieser Artikel nicht den Tatsachen entspricht, was die Stadt Graz anbelangt, wie gedenken Sie darauf zu reagieren auf diesen Artikel beziehungsweise werden Sie überhaupt irgendwie darauf reagieren (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also ich sehe ehrlich gesagt überhaupt keinen Grund, um auf diesen Artikel zu reagieren. Er ist ja auch so unspezifisch, dass zwar die Gemeinden, die genannt werden, die diese Geschäfte mit der Bank Austria abgeschlossen haben, aber es steht ja auch nicht drinnen, wer da gewonnen hat, wer nicht gewonnen hat. Ich finde den Artikel, um ganz ehrlich zu sein, völlig inakzeptabel unseriös,

inakzeptabel unseriös und zwar aus folgendem Grund: Wenn eine Gemeinde mit einer Bank ein Geschäft abschließt, bei dem die Bank das Zinsrisiko übernimmt, dann kann man doch nicht erwarten, dass die Bank dann draufzahlt, sondern selbstverständlich, wenn das ein ordentliches Geschäft ist, das korrekt zustande gekommen ist, wo beide Seiten informiert sind und auch beide Seiten über die Sachlage sich genau auskennen und auch dann eben das Geschäft abschließen, dann ist es doch wohl normal, dass die Bank selbstverständlich auch diesen Gewinn machen darf. Ich habe den Eindruck gehabt beim Durchlesen dieses Artikels, dass der Eindruck entsteht, wenn die Bank irgendeinen Gewinn macht, dann ist das von vorneherein unseriös, das kann es, glaube ich, ja nicht sein, sondern wichtig ist, dass, ich kann es nur noch einmal sagen, dass bei derartigen Geschäften beide Seiten korrekt informiert worden sind. Wie wir wissen, gerade jetzt nachdem ein Urteil in einem anderen Prozess ergangen ist, dass auch beide Seiten das vollinhaltlich durchschauen können und verstehen, was gemacht wird und dann wird das Geschäft abgeschlossen. Es ist immer ein Geschäft über die Zukunft, das nicht vorhersehbar ist. Es kann die eine Seite oder die andere Seite gewinnen, aber grundsätzlich die Feststellung, dass da die Bank Austria unseriös war, finde ich an sich nicht akzeptabel. Aus meiner Sicht müsste die Bank Austria heftig reagieren auf diesen Titel, aber nicht die Gemeinden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

9) Landeswohnungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich darf mich kurz halten. Ihr Landtagskollege Werner Murgg hat so quasi irgendwie Alarm geschrien, Landeswohnungen vor dem Verkauf. Landeswohnungen gibt es derzeit 1.000. Ich darf dem Artikel entnehmen, dass 882 davon in Graz sind, ich möchte gerne wissen, wie steht es, ist es eine Option für die Stadt?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, meine Damen und Herren! Gerüchte, dass die Landeswohnungen, und dass es 882 sind, weiß ich sogar genau, weil es eben schon vor zwei Jahren das Gerücht kursiert ist und wir damals schon im Landtag diesbezüglich nachgefragt haben und man uns aber da ungenau geantwortet hat oder eigentlich nicht näher darauf eingegangen ist. Und wir haben uns damals, sowohl meine Kollegen im Landtag als auch meine Kollegen in der Stadt, klar gegen den Verkauf der Landeswohnungen ausgesprochen und haben, weil natürlich die BewohnerInnen auch sehr besorgt waren, Informationsveranstaltungen durchgeführt, was das bedeuten würde für sie als Mieterinnen und Mieter. Auf Ihre Frage, ob ich daran denke, hier eine Übernahme dieser Wohnungen anzustreben, muss man Folgendes wissen: Wenn das Land Steiermark und wenn es diese Absichten jetzt gibt und die habe ich wieder gehört auch, dass das so sein soll und dass es auch Gespräche ganz konkrete gibt, dann denke ich, dass das Land das ja macht, weil sie sie verkaufen will. Jetzt ist es so, dass diese Wohnungen ja belegt sind, wenn das Land der Stadt diese Wohnungen gratis überträgt, dann selbstverständlich gerne, und wir die Zuweisung für unsere Wohnungssuchenden am Wohnungsamt dann tätigen könnten, aber wenn Sie daran denken, sie uns zu verkaufen, dann muss ich Sie schon fragen, wie das die Stadt Graz finanziell erheben will, um das so salopp zu sagen, vor allem weil ja letztendlich die Stadt dann nichts anderes tut, als dem Land aus der

Budgetmisere zu helfen, weil ja letztendlich würde sie das ja nur tun, denke ich, um die Budgetlöcher dort zu stopfen. Dazu muss man sagen, wenn die Stadt Graz schon viel Geld in die Hand nimmt, dann unbedingt für die Schaffung von neuem Wohnraum und für die Akquirierung von Grundstücken und nicht für einen Kauf von Wohnhäusern, die ja belegt sind, das zum einen. An der grundsätzlichen Haltung, dass wir gegen den Verkauf von Landeswohnungen sind, ändert sich natürlich weder bei uns hier in der Stadt noch im Land etwas und ich denke aber, wenn du das gleich siehst oder wenn Sie das gleich sehen, dann wäre ein nützlicher Weg oder eine nützliche Vorgehensweise, zum Beispiel bei dem nächsten Landesparteitag der SPÖ den zuständigen Landeshauptmann einfach ganz konkret mittels Antrag aufzufordern, die Landeswohnungen nicht zu verkaufen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Mich interessiert sehr klar, ob du, Frau Stadträtin, als Wohnungsstadträtin Schritte gesetzt hast und wenn ja, welche?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Kannst du... Schritte gesetzt, jetzt in welche Richtung?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Schritte gesetzt, ob du irgendetwas gemacht hast rund um die Landeswohnungen, es ist eine sehr allgemeine Antwort mit Überlegungen. Hat es von deiner Seite, weil das ja ein sehr alarmierender Artikel, kurz, ich glaube am 17. November erschienen ist, wollte ich gerne wissen, gab es von deiner Seite irgendwelche Schritte rund um diese alarmierende...

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Noch einmal, wir sind gegen den Verkauf der Landeswohnungen, wenn wir für den Erhalt von leistbarem Wohnraum sind, dann muss man diese Wohnungen im Eigentum der Öffentlichkeit behalten. Wenn das Land sie uns überträgt, und da bin ich jederzeit gerne dazu bereit, mit dem Herrn Landeshauptmann auch darüber zu reden, ist ja gar keine Frage, dann gerne.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Was für einen Schritt, da musst du den Stadtrat Rüschi fragen, ob er bereit ist, die Landeswohnungen zu kaufen. Ich kann die Gespräche führen, ob der Herr Landeshauptmann bereit ist, sie uns zu übertragen, aber dann muss ich das weitere Gespräch dann bitte mit dem Finanzstadtrat führen (*Applaus KPÖ*).